



Pressemitteilung

Ziele sollten ein Maß sein und keine Utopie

Die CDU wird dem Verwaltungsvorschlag zum neuen Zielbeschluss beim Wohnungsneubau zustimmen. Angedachte Änderungsanträge sind der falsche Orientierungsweg. Wir benötigen realistische Ziele.

18. April 2023

Dr. Carl Christian Vetter
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Landeshauptstadt Stuttgart
CDU-Gemeinderatsfraktion
Geschäftsstelle
Telefon (0711)216-60661
Fax (0711)216-60667
E-Mail cdu.fraktion@stuttgart.de

Für Rückfragen:

Marcel Wolf
Politischer Referent

Landeshauptstadt Stuttgart
CDU-Gemeinderatsfraktion
Geschäftsstelle
Telefon (0711)216-60661
Fax (0711)216-60667
E-Mail m.wolf@stuttgart.de

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat am Dienstag 18.04.2023 Vorberatungen für einen neuen Zielbeschluss zum Wohnungsneubau in Stuttgart geführt.

Die CDU-Fraktion kann der vorgelegten Beschlussvorlage des Oberbürgermeisters zustimmen, die einen Baubeginn von insgesamt 20 000 neuen Wohnungen zwischen 2022 und 2033 ermöglichen will. Eingebraachte Änderungsanträge über den vorgelegten Zielbeschluss halten wir für den falschen Orientierungsweg in der Wohnungspolitik.

„Den Vorschlag der SPD über die Erhöhung der Zielmarke um 35% auf 27 000, halten wir für eine völlige Utopie. Es macht eher den Anschein, dass die Antragssteller diese Zahl einfach nur gewürfelt haben anstatt über realistische Orientierungsziele nachzudenken. Ziele sollten ein Maß sein und keine Utopien“, so Dr. Carl-Christian Vetter, stellv. Fraktionsvorsitzender.

Neben den aktuell schwierigen Umfeldbedingungen im Wohnungssektor sehen wir vor allem große Herausforderungen bei der Stadtverwaltung selbst. Bis heute ist es nicht gelungen, die internen Herausforderungen in den städtischen Ämtern (z.B. Personalmangel, Raumprobleme) zu lösen. Das bedeutet: Einerseits müssen wir engagierte Mitarbeiter für die Landeshauptstadt gewinnen. Andererseits muss es der Stadt gelingen, dieses Personal auch langfristig zu halten und ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. „Hierzu muss unser vorrangiges Ziel auch sein, dass wir unsere Ämter bestärken und realistische Beschlüsse als Hauptorgan fassen, die auch zumutbar sind“, betont Dr. Vetter.

Der Antrag der Grünen mit der Überschrift „Grundbeschlüsse auf Faktenbasis realistisch fassen“ hat bei uns zu Kopfschütteln geführt, denn welche neuen Fakten werden benötigt? „Als größte Fraktion sollten die Grünen eigentlich Antworten auf die Probleme in Stuttgart finden anstatt neue zu schaffen. Mit der Potenzialanalyse liegen bereits klare Antworten vor, welche sechzehn Arrondierungsgebiete umgesetzt werden können. Es benötigt deshalb keine weitere Potenzialanalyse“, so Dr. Vetter weiter.



CDU GEMEINDERATSFRAKTION
STUTT GART

Als Resümee lässt sich festhalten: „Der Neubau von Wohnungen muss sich an Realitäten orientieren und auch zukünftig konsensfähig sein, wenn damit die gesetzten Ziele erreicht werden. Das reine Festhalten an Bestandsgebäuden – wie es die Linksfraktion fordert – ermöglicht keine einzige weitere Wohnung und verteuert nur die Mieten“, so Dr. Vetter abschließend.